

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	137
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	24.11.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Föll		
Berichterstattung:	Frau Aufrecht (OB/82)		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / fr		
Betreff:	IHK Analyse 2017, mündlicher Bericht "Die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Stuttgart muss im Fokus bleiben", - Antrag Nr. 242/2017 v. 25.08.2017 (CDU) "Bleibt Stuttgart ein interessanter Gewerbestandort?", - Antrag Nr. 255/2017 v. 13.09.2017 (SPD)		

Die im Betreff genannten Anträge sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Eingangs weist EBM Föll darauf hin, dass der ergänzende Antrag Nr. 930/2017 der SPD-Gemeinderatsfraktion, zum aktuellen Stand der "Entwicklungskonzeption Wirtschaftsflächen für Stuttgart" zu berichten, in der nächsten, spätestens übernächsten Sitzung des Ausschusses behandelt werde.

Frau Aufrecht berichtet anhand der Präsentation, die dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt ist. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

EBM Föll betont, die Zu- und Wegzüge stellen nur einen kleinen Mosaikstein im Gesamtbild dar. Und eben dieses müsse man betrachten, wenn man die Attraktivität und Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Stuttgart beurteilen wolle. Doch auch bei der gegenwärtigen Hochkonjunktur dürfe man sich nicht zurücklehnen, da sich die Schlüsselbranchen am Beginn eines technologischen Transformationsprozesses be-

fänden. Grundsätzlich müsse man neben dem Erhalt der Stärke der Schlüsselbranchen auch auf die Breite und Vielfalt setzen.

Die Vertreter der Fraktionen danken für die Ausführungen.

StR Rudolf (CDU) lobt den sehr fundierten Vortrag und betont, die Stadt solle sich in guten Zeiten auf schlechtere vorbereiten. Er bedauert, dass die Presse, die mit Schlagzeilen wie "Stuttgart ist der klare Verlierer in der Region" getitelt habe, nicht anwesend ist. Schade sei auch, dass kein Vertreter der IHK gekommen sei. In seinen Augen sei die IHK-Analyse "für den Kamin", da sie nicht auf Stuttgarter Details eingegangen sei.

In der Wahrnehmung sei das Bild nicht so positiv, weil große und bekannte Firmen wie z. B. Thales, E & Y und Hahn & Kolb aus Stuttgart weggezogen seien. Oft allerdings wegen fehlender Flächen. Dieses Thema dürfe man nicht aus den Augen verlieren, denn wenn ein Unternehmen 10.000 oder gar 20.000 m² benötige, müsse man handlungsfähig sein. Die Stärke der Stadt und Region beruhe auf dem verarbeitenden Gewerbe, das mit Blick auf die Digitalisierung 4.0 einen großen Vorteil darstelle. Allerdings müsse man das in den letzten Jahren mit Themen wie Stau, Feinstaub und Flächenmangel beeinträchtigte Image der Stadt wieder verbessern.

Das interkommunale Gewerbegebiet mit Leinfelden-Echterdingen setze voraus, dass zunächst die verkehrliche Situation auf der B 27 verbessert werde. Bis dahin müsse die Stadt ihre eigenen Flächen entwickeln.

Er bittet um Übermittlung der Präsentation, die EBM Föll zusagt.

Die klare Analyse habe seine Fraktion nicht überrascht, erklärt StR Pfeifer (SPD). Wie sein Vorredner bedauere auch er, dass bei der Richtigstellung außer der städtischen Kommunikationsabteilung kein Vertreter der Presse anwesend sei. Solche Meldungen schadeten dem Standort. Er setze nun darauf, dass sich die Kommunikation zwischen der IHK und der Stadt mit der neuen Präsidentin und dem neuen Geschäftsführer der IHK verbessere. Grundsätzlich dürfe man auch den Wegzug kleiner Unternehmen nicht vernachlässigen, denn bei vielen Start-Ups und Einzelinitiativen hoffe man ja auf eine Entwicklung. Gleichwohl sei Wirtschaft dynamisch, und aus Wegzügen ergäben sich Chancen für Neues. Deshalb sollte das Thema Entwicklungskonzeption (Antrag Nr. 930/2017) in diesem Kontext ebenfalls behandelt werden.

Auch StRin Fischer (90/GRÜNE) kritisiert die Presse und den scheidenden Hauptgeschäftsführer der IHK. Sie lobt die Unternehmen, die für neue Formen der Mobilität - unter anderem Jobticket, E-Mobilität - sehr aufgeschlossen seien und so zur Verlängerung des Individualverkehrs beitragen. Sie regt an, dass Frau Aufrecht eine Pressemitteilung herausgeben sollte, die klarstelle, was die Landeshauptstadt leiste. Die Stadt müsse neue Entwicklungen, wie z. B. die Digitalisierung, befördern. Doch sollten auch die Firmen zum Beispiel das Thema Wohnen in ihrer Unternehmensstrategie mitdenken.

StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) begrüßt im Namen seiner Fraktionsgemeinschaft die starke Gründeraktivität in Stuttgart. Sorge bereite ihm, dass nun auf der grünen Wiese großflächig regional bedeutsame Gewerbe- und Industrieflächen hinzukämen. Das werde die Einbettung von Industrie und Gewerbe in urbane Räume erschweren. Dies müsse man kritisch begleiten. Die IHK-Studie sei einseitig und methodisch mangelhaft. Die

seit Jahren geäußerte Kritik des Statistischen Amtes perle an den Autoren der Studie ab. Er schließt sich der Kritik am Verhalten der Presse an. Als problematisch sehe er die unterschiedlichen Hebesätze der Kommunen in der Region an. Er halte es für sinnvoll, wenn auch gegenwärtig die Rechtsgrundlagen hierfür fehlten, regional abgestimmte interkommunale Hebesätze festzulegen, um die Konkurrenz zu mindern. Eventuell könne man auch das Gewerbesteueraufkommen regional verteilen. Wichtig wäre hier ein übergreifender Dialog im Hinblick auf die Entwicklung von Wirtschaftsflächen. Entscheidend sei die Flächenproduktivität, die im Zentrum der Strategie für urbane Wirtschaftsflächen stehen müsse. Nach Ansicht seiner Fraktionsgemeinschaft liege es in der Verantwortung der Stadt, Gründerzentren - auch auf eigenen Flächen - zu schaffen, bei denen z. B. mit umsatzabhängiger Pacht in der Frühphase ein geschützter Raum hergestellt werde. Hierzu habe seine Fraktionsgemeinschaft wiederholt Anträge gestellt.

Wichtig sei, an der Attraktivität der Gewerbegebiete zu arbeiten, bekräftigt auch StRin von Stein (FW). Dienstleistungen - z. B. Nahversorgung, Kinderbetreuung - müssten für die dort Arbeitenden verfügbar sein. Die IHK-Studie verlange eine Klarstellung in dem Sinne, dass die Zahlen in weitere Informationen eingebettet werden müssten.

StR Klingler (AfD) regt grundsätzlich an, dem Thema Wirtschaft in diesem Ausschuss mehr Gewicht zu verleihen. Eine intakte Wirtschaft sei für die Stadtgesellschaft wichtig. Ärgerlich sei es, dass die IHK eine solche, in seinen Augen unqualifizierte, Studie veröffentlichte. Einem regionalen Gewerbesteuersystem räume er kaum Chancen ein, da die umliegenden Gemeinden über niedrigere Steuersätze Unternehmen zu gewinnen suchten. Oft sei auch die verkehrliche Erschließung durch den Ausbau des S-Bahn-Netzes besser als in Stuttgart, merkt er z. B. im Hinblick auf die in Vaihingen hinzukommenden Arbeitsplätze an. In Weilimdorf habe die Abteilung Wirtschaftsförderung hervorragende Arbeit geleistet.

Ihrer Gruppierung sei insbesondere die Gründerszene und deren Förderung sehr wichtig, erklärt StRin Yüksel (FDP). Sie plädiert dafür, dass sich der Ausschuss auch einmal gezielt mit Start-Ups beschäftigen sollte.

Gegenüber StR Rudolf bestätigt EBM Föll, ohne Lösung der verkehrlichen Situation, das heißt dem Ausbau der B 27, sei ein interkommunales Gewerbegebiet mit Leinfelden-Echterdingen nicht sinnvoll, weil man dann die vorhandene Infrastruktur noch weiter überlaste und Flughafen und Messe zu gewissen Tageszeiten quasi unerreichbar mache. Das würde den Wirtschaftsstandort Region Stuttgart unterm Strich schwächen. Insofern sei das Thema Verkehr dort ein Schlüsselthema. Berücksichtigen müsse man zudem, dass der Flughafen auf seinem Gelände mittelfristig noch ein gewisses Verdichtungspotenzial habe, was Unternehmensansiedlungen anbelange.

Bei der Gewerbesteuer stehe die Stadt Stuttgart in einem doppelten Wettbewerb. Vorwiegend betreffe dies die Gewerbesteuerhebesätze der umliegenden Gemeinden, zum Teil jedoch auch die anderen großen Städte der Bundesrepublik. Seiner Ansicht nach sei die Stadt aber mit dem aktuellen Hebesatz in beiden Richtungen wettbewerbsfähig. Es sei im Übrigen auch nicht untypisch, dass der Gewerbesteuerhebesatz der Zentralstadt leicht über dem der umliegenden Städte und Gemeinden liege. Doch dürfe die Differenz nicht zu groß werden. Vor einer regionalen Verteilung der Gewerbesteuer könne er nur warnen, betont er gegenüber StR Ozasek. Tendenziell gehe die immer zulasten der gewerbesteuerstarken Gemeinden. Ein extremes Beispiel hierfür sei der

frühere Länderfinanzausgleich gewesen. Deshalb könne ein solches Vorgehen - wenn es rechtlich überhaupt möglich wäre - nicht im Interesse der Landeshauptstadt sein.

Flächenknappheit dürfe nicht nur als Mangel wahrgenommen werden, signalisiere sie doch den wirtschaftlichen Erfolg am Standort Stuttgart.

Frau Aufrecht dankt für das positive Feedback und die Anregungen. An StRin Yüchsel gewandt erklärt sie, viele neugegründete Kleinunternehmen verließen die Stadt zum Beispiel aus privaten Gründen oder weil die Flächen außerhalb günstiger seien. Dieses Thema würde sie gerne mit einem Bericht im Ausschuss nochmals aufgreifen.

Auf Nachfrage von StR Klingler teilt sie mit, zum Thema SEL in Zuffenhausen wolle sie sich zunächst mit der Fa. Porsche abstimmen und ihm dann die Antwort zukommen lassen. Mit Blick auf die Berichterstattung in der Presse bzw. die Pressemitteilungen der IHK müsse man sich fragen, ob die IHK ihrer Rolle gerecht werde, wenn sie die Situation in Stuttgart so negativ darstelle. Sie sei jedoch sehr zuversichtlich, dass sich dies sowohl mit der neuen Präsidentin als auch mit der neuen Geschäftsführung zum Positiven wenden werde. Auf jeden Fall werde die Stadt eine Pressemitteilung zur Klarstellung herausgeben.

StR Rudolf bittet EBM Föll, im Gespräch mit OB Kuhn auf die Bedeutung einer solchen Pressemitteilung hinzuweisen. Die differenzierte Betrachtung der IHK-Analyse enthalte sehr viel Positives, das auch kommuniziert werden müsse.

Dies greift EBM Föll auf. Als zusätzlichen aktuellen Aufhänger könne man darin auch darauf hinweisen, dass bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten erstmals im März 2017 die Zahl von 400.000 überschritten worden sei. Mit dem Hinweis auf das gemeinsame Interesse der Stadt und der IHK erklärt er, dass man mit der IHK im Gespräch bleiben werde.

EBM Föll stellt fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
Stadtkämmerei (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-PR
OB/82
 3. Referat StU
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN